

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die Gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Geisenheim
25 &, auswärtiger Preis 30 &. Reklamezeile 90 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Hernsprechanhluß Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 114.

Dienstag den 28. September 1920.

20. Jahrgang.

Unsere Ernährungslage.

Bereitstellung ausreichender Nahrungsmittel, etc.

Im Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts wurde im Zusammenhang mit den Beratungen über die finanzielle Lage unsere augenblickliche Ernährungslage einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Reichsernährungsminister gab zunächst eine ausführliche Übersicht über die Lage und die Aussichten für den kommenden Winter.

Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der

Kartoffel- und Fleischversorgung.

Die Regierung werde, so versichert wenigstens der Ernährungsminister, die Preis- und Marktverhältnisse mit größter Aufmerksamkeit beobachten und tatkräftig eingreifen, sobald sich Störungen und Mißstände in der Versorgung mit Lebensmitteln ergeben. Hier fordert der Minister jedoch die Unterstützung des Handels, der Erzeuger und Verbraucher. Landwirtschaft und Handel müssen sich bemühen, daß es ihre Pflicht ist, für eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zu sorgen. Die Regierung könne die schwere Verantwortung für die Volksernährung nur tragen, wenn das deutsche Volk seine Ruhe und Besonnenheit bewahrt.

Ein wesentliches Mittel in der Bekämpfung der bevorstehenden Schwierigkeiten sieht die Regierung in der Schaffung ausreichender Lebensmittelreserven. Diese sollen dazu dienen, etwaige Störungen in der Versorgung zu beseitigen und erforderlichenfalls preislenkend zu wirken.

Fleischreserve für drei Monate.

Am 1. Oktober 1920, dem Tage des Außerkrafttretens der Fleischwarengesetzgebung, wird die Reichsfleischstelle über noch als 70 000 Tonnen Auslandsfleisch, Auslandspech und sonstiger Fleischwaren verfügen. Die Reserve an Auslandsfleisch wird ständig auf 30 000 T. erhalten werden, die für drei Monate die bisherige wöchentliche Ausgabe von 125 Gramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung in den großen Bedarfsgebieten für den Notfall sicherstellen.

Die bisherigen Fettreserven werden weiter ausgebaut. Von der Reichsfleischstelle wird vorläufig eine Kaninchen-Schmalzreserve von 20 000 T. gehalten. Aus ihr werden neben dem, was der Bevölkerung infolge Zulassung einer kontingentierten Einfuhr durch den freien Handel zur Verfügung stehen wird, die bisherigen Rationen auf dem üblichen Wege weiter ausgeben werden.

50 Millionen Zentner Kartoffelreserve.

An Kartoffeln steht aus den zwischen Erzeugern und Konsumatverbänden abgeschlossenen Lieferverträgen eine Reserve von 32 Millionen Zentnern zur Verfügung. Hierzu tritt die von der Reichskartoffelstelle sichergestelltte Reichsreserve von 20 Mill. Zentnern. Diese noch als 50 Millionen Zentner bleiben nur unerheblich hinter der Menge zurück, die im Vorjahre von der öffentlichen Wirtschaft für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnte.

Was garine und Kunstspeisefett wird der Bevölkerung im Wege des freien Handels in reichlicherem Maße als bisher zugeführt werden.

Die inländische Brotversorgung.

Wie bei dem im Gegensatz zu den Erwartungen sehr unangenehmen Ausfall der Roggenerte auch im kommenden Wirtschaftsjahr große Schwierigkeiten bereiten. Zu ihrer Abmilderung, besonders im Hinblick auf die auf dringenden Bedarf der Bevölkerung und der meisten Länder beschlossene Verabreichung des Ausnahmestandes bedarf es nicht nur der reibenden Ablieferung der inländischen Ernte, sondern im Notfall mit den schärfsten Zwangsmitteln durchgesetzt werden muß, sondern auch einer sehr erheblichen Einfuhr von ausländischem Brotgetreide. Die Genehmigung zur Einfuhr amerikanischen Weizens kann nicht erteilt werden.

Um dem Bedürfnis nach einem besseren Hausbrot mehr entgegenzukommen, ist in Aussicht genommen, die Wochenmenge von 125 Gramm gering ausgemahlenen, aus Auslandsgetreide hergestellten Weizenmehls zu den Einheitspreisen der Bevölkerung zuzuleiten.

Der Wirtschaftsausschuß nahm von diesem Bericht des Reichsernährungsministers Kenntnis. Es bestand die Einmütigkeit darüber, daß die öffentliche Versorgung des Getreides, der Milch, des Milchfettes und des Jutes bis auf weiteres aufrechterhalten werden müsse. Es wurde zunächst beschlossen, die Kartoffelversorgung der Bevölkerung in den Bergbaubereichen sicherzustellen. Ferner soll insbesondere

die Wucherbekämpfung schärfer und wirkungsvoller gestaltet werden. Soweit die deutsche Ernährungswirtschaft auf Zufuhr aus dem Auslande angewiesen angewiesen ist, kann sie nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses nur unter nachhaltiger Mitwirkung der öffentlichen Verwaltung durchgeführt werden. Im Inland liegt ein großer Teil der zukünftigen Gestaltung von dem verständnisvollen Zusammenarbeiten der öffentlichen Verwaltung an der Versorgung der Bevölkerung beteiligter Kreise, der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher ab. Das Ziel dieses Zusammenwirkens muß die Schaffung eines Verbraucherschutzes sein. Die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern muß gefördert werden.

Im einzelnen beschloß der Ausschuß noch, zur Bekämpfung der Ernährungslage vom 15. Dezember 1920 an die Einfuhr von Salzheringen innerhalb eines noch festzulegenden Rahmens dem freien Handel zu überlassen.

Die Brüsseler Konferenz.

Keine Erörterung der Wiedergutmachungsfrage gestattet.

In der belgischen Kammer wurde Freitag nachmittag die internationale Finanzkonferenz, die der Völkerverbund nach Brüssel einberufen hat, eröffnet. Die Begrüßungsrede hielt Präsident Ador, der ehemalige schweizerische Bundespräsident. Er schilderte in wenigen Sätzen die heutige wirtschaftliche und finanzielle Lage der europäischen Staaten unter den Einwirkungen des Krieges und bezeichnete es als das vornehmste Ziel der Konferenz, Grundlagen für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Arbeiten zu finden.

Mit erhobener Stimme erklärte er dann, daß die Fragen, die durch den Vertrag von Versailles geregelt würden, nicht berührt werden sollten. Diese Versammlung sollte nur technischen Charakter haben. Die Kriegführenden und die Neutralen müßten sich zusammentun, um den finanziellen Ruin zu vermeiden. Diese Einigung setze aber voraus die vollständige Ausführung der Verpflichtungen, die im Friedensvertrag enthalten seien.

Nach der Rede Adors begrüßte der belgische Ministerpräsident de la Croix die Delegierten im Namen des Königs und der Regierung. Hierauf wurde die Tagesordnung für die einzelnen Sitzungen der Konferenz festgelegt. Die ersten drei Tage, vom 25. September ab, dienen der allgemeinen Besprechung. Zunächst werden die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der europäischen Neutralen zum Vortrag kommen. Die Mittelmächte, also Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien werden voraussichtlich am 28. September ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage darlegen dürfen.

Vorbehalt der französischen Delegation.

Wie aus französischer Quelle verlautet, ist die französische Delegation fest entschlossen, nicht zu gestatten, daß in ihrer Gegenwart und noch weniger unter ihrer Mitarbeit irgendwie an der Integrität des Versailler Vertrages gerührt werde. Sie würde es nicht dulden, daß unter dem Vorwand, die finanzielle und die wirtschaftliche Lage Europas zu besprechen, die Frage einer Revision des Versailler Vertrages aufgeworfen werden könnte.

Damit soll wohl gesagt sein, daß in Brüssel weder von der Wiedergutmachung, noch von den Deutschland aufzuerlegenden Lasten noch vor der Genfer Konferenz, die sie prüfen soll, ein Wort gesprochen werden soll. Wie es den deutschen Delegierten dann überhaupt noch möglich sein soll, die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands wahrheitsgetreu zu schildern, erscheint uns schlechthin rätselhaft. Präsident Ador wird die Erörterungen unmöglich in den von ihm und den Franzosen gewünschten Grenzen halten können. Der Versailler Vertrag hat so tief in das Wirtschaftsleben sämtlicher europäischer Staaten eingegriffen, daß eine Darlegung der augenblicklichen Lage nur unter Berücksichtigung der Versailler Bestimmungen möglich ist. Es wäre nicht zu verwundern, wenn die Brüsseler Konferenz an diesen künstlich hervorgerufenen Schwierigkeiten scheitern sollte, zumal die Entschlüsse der Konferenz nach diplomatischem Gebrauch einstimmig angenommen werden müssen.

Eine neue Einladung des Völkerverbundes.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes hat der deutschen Regierung eine Einladung zu einer am 5. Oktober in Paris beginnenden Tagung des Ausschusses für Transit- und Verkehrsfragen zugehen lassen. Die deutsche Regierung hat diese Einladung angenommen und wird ihre Vertreter nach Paris schicken. Es sollen dort in erster Reihe die Maßnahmen besprochen werden, die den internationalen Reiseverkehr zu erleichtern geeignet sind. Das gilt besonders für das Post- und Bahnwesen.

Millerands Nachfolger.

Ministerpräsident Leagues.

— Paris, 24. September. (Havas.) Präsident Millerand hat Leagues mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Leagues hat angenommen und die Ministerpräsidenten des Völkerverbundes übernommen. Das übrige Kabinett bleibt im Amt.

Neue Unruhen in Oberschlesien.

Eine polnisch-kommunistische Streikbewegung.

Allem Anschein nach bereitet sich in Oberschlesien eine neue Erschütterung vor. An mehreren Stellen des Grubenreviers ist es Ende der letzten Woche zu kleineren Streikunruhen gekommen, die sich nur allzu leicht wieder zu einem allgemeinen Aufstand auswachsen können.

Die Unruhen nahmen ihren Anfang auf der Kattowitzer Grube in Hindenburg, wo es anlässlich der Ablehnung der Wiedereinstellung eines Häuers, der

einen Steiger tötlich angegriffen hatte, zu wüsten Auftritten kam. Ein Bergarbeiter, drei Steiger und ein Materialverwalter wurden so übel zugerichtet, daß sie ins Lazarett geschafft werden mußten. Die Grube war bereit, den Häuer wieder einzustellen, nachdem die Arbeiterschaft drohend gegen die Verwaltung vorgegangen war. Trotzdem legte sie die Arbeit nieder und überfiel alle Grubenbeamten, deren sie habhaft werden konnte. Der französische Grenzkontrolleur griff ein und entsandte Militär. Verhandlungen führten dann zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Veranstalter der Ausschreitungen werden strafrechtlich verfolgt werden. Auf der Laura-Grube bei Kattowitz und der Deutschlandgrube ist gleichfalls ein Streik ausgebrochen. Die Gruben sind von der Abstreifungspolizei besetzt. Die Notstandsarbeiten verrichten die Beamten. Im ganzen oberschlesischen Bergrevier herrscht ein auffällige Unruhe, so daß man in den nächsten Tagen neuen Unruhen entgegenfieht.

Es hat den Anschein, als ob es sich um eine bolschewistisch-kommunistische Bewegung handelt, die ausgeht von wirtschaftlichen Forderungen und in wenigen Stunden bereits ein völlig politisches Gesicht zeigen dürfte.

Stillelegung des Kraftwerkes Chorzow.

Die Belegschaft des oberschlesischen Kraftwerkes Chorzow ist Freitag nachmittag gleichfalls in den Streik getreten, so daß ein großer Teil Oberschlesiens ohne Licht und Kraft ist. Gefordert wird die Bewilligung einer Kartoffelzulage in Höhe von 500 Mark für Verheiratete und von 300 Mark für ledige Personen. Verhandlungen sind bisher gescheitert. Der Streik dauert in voller Schärfe fort. Auch die Wasserwerke drohen in den Streik zu treten.

Entwaffnung polnischer Grenzörter.

Es liegt die Vermutung nahe, daß die wirtschaftlichen Kämpfe den Auftakt zu dem neuen polnischen Generalaufstand bilden sollen, der, wie sich aus einem aufgefundenen polnischen Geheimbefehl ergibt, am ersten Oktober in Szene gesetzt werden soll. Die Bewegung sollte von den Grenzgebieten ausgehen.

Die interalliierten Besatzungsbehörden haben sich diesmal aber entschlossen, die polnischen Pläne rechtzeitig zu vereiteln. In sämtlichen Grenzorten des Kreises Kattowitz wurde eine Entwaffnungsaktion durchgeführt, und zwar von französischen Soldaten in Verbindung mit Abstreifungspolizei und blauer Polizei. Die Dörfer wurden umstellt und durchsucht. Waffen wurden in großer Menge gefunden. Eine Anzahl Personen, bei denen man Waffen gefunden hatte, wurden verhaftet.

Polnische Agitation in Niederschlesien.

Die neue „Oberschles. Volksztg.“ meldet, daß die polnische Agitation sich offen nach Niederschlesien ausbreitet hat. Es wird mit der Behauptung agitiert, daß die deutsche Bevölkerung Niederschlesiens nach einer Loslösung Oberschlesiens vom Reich sich Polen anschließen müsse, da alle Betriebe des Landes auf die oberschlesische Kohle angewiesen wären. Die Agitation wird besonders von der Breslauer polnischen Studentenschaft durchgeführt. Veranlassung zu dieser Agitation ist offenbar das Bestreben, durch eine Erschütterung der deutschen Elemente in Niederschlesien auch in Oberschlesien selbst Boden zu gewinnen.

Frieden im Osten?

Friedensbereitschaft in Riga.

Die erste Sitzung der russisch-polnischen Friedenskonferenz in Riga hat einen vielversprechenden Verlauf genommen. Beide Parteien zeigten in ihren Forderungen große Mäßigung und haben dadurch den Abschluß eines endgültigen Friedens bedeutend näher gerückt.

Rußland läßt die Minister Bedingungen fallen.

Zu Beginn der Sitzung erklärte Joffe im Namen der Sowjetregierung, Rußland sei bereit, die in Riga von den Polen als unannehmbar bezeichneten Bedingungen fallen zu lassen und zwecks sofortigen Waffenstillstandes und Friedensschlusses folgendes vorzuschlagen:

„Beide kriegführenden Parteien sollen die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine, Litauens, Weißrusslands und Ostgaliziens anerkennen, ebenfalls alle staatlichen Organisationen, Landtage, Parlamente oder Sowjets, die in diesen Gebieten bestehen, wie das bereits 1918 und 1919 geschehen sei. Für den Volksentscheid über die Zugehörigkeit Ostgaliziens werde das demokratische Stimmrecht von Rußland zugestanden. Rußland fordert weiter zehnmäßige Beschränkung der polnischen Armee und die Anerkennung des russischen Rechts auf die Verkehrslinie Bialystok—Grajewo. Um das arbeitende Volk vor weiterem Blutvergießen zu bewahren, sollte ein sofortiger Waffenstillstand geschlossen und eine Demarkationslinie gemeinsam festgelegt werden. Da Rußland für den Frieden zu solchen Opfern bereit sei, wünsche es die Herstellung des Waffenstillstandes in zehn Tagen.“

Die polnische Antwort.

Nach Entgegennahme des russischen Vorschlags stellte der polnische Delegations-Vorsitzende Domagala folgende Richtlinien für den Beschluß des Waffenstillstandes und des Präliminarfriedens auf:

Beide Parteien verbürgen sich gegenseitig der Richtigkeit in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates. Für die territorialen Bestimmungen sollen nicht historische, sondern die vitalen Interessen beider Staaten maßgebend sein. Nach Abschluß des Waffenstillstandes soll eine Kommission zur Regelung der Angelegenheiten der Kriegsgefangenen, Internierten und Geiseln eingesetzt werden. Die Lösung der Wirtschaftsfragen müsse unter der Vorbedingung erfolgen, daß Polen keine Verpflichtungen für die Staatsschulden des alten Rußland obliegen. Die verhandelnden Parteien sollen gegenseitig Entschädigung der Staatsbürger für die durch den Krieg erlittenen Schäden zusichern. Den Wünschen Rußlands gemäß sei Polen damit einverstanden, daß der Waffenstillstand sofort nach Unterzeichnung der Präliminarien in Kraft trete.

Nach dieser Erklärung Domagala sprach Joffe der Wunsch aus, beide Erklärungen schriftlich auszutauschen, um sie einer genauen Prüfung unterziehen zu können.

Unterdessen ist eine neue Schlacht im Gange.

Während in Riga über den Abschluß des Waffenstillstandes verhandelt wird, ist an der ganzen Front nördlich des Pripiet eine neue erbitterte Schlacht im Gange, die polnischen Abteilungen rücken siegreich gegen Nordosten vor. Großpolnische Abteilungen haben den Eisenbahnknotenpunkt Wolkowist südlich Grodno besetzt. Südwestlich Grodno sind die Polen bis an den Fortgürtel vorgedrungen. Die polnische Nordgruppe hat den Njemen überschritten und den Widerstand der litauischen Truppen, welche sich nach Angaben des polnischen Heeresberichts auf polnischem Boden befanden, gebrochen.

Alexandrowitsch von Wrangel genommen.

In Südrussland hat General Wrangel Alexandrowitsch genommen und dabei 30 Geschütze erbeutet. Die 26. Rote Division hat kapituliert.

Der Sklave Europas.

128 000 Ruhrbergleute arbeiten für die Entente.

Auf Veranlassung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz sprach Reichstagsabgeordneter Huebner über die Weltkohlenversorgung. Hierbei wie der Redner auch darauf hin, daß England 84 Prozent Deutschland bisher aber nur 57 Prozent seines Friedensverbrauchs an Kohlen decken konnte und außerdem noch das Abkommen von Spaas ausführen müsse Deutschland und seine Arbeiterschaft seien ehrlich bereit, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten dies zu tun was die Vermehrung der Arbeiterzahl, die Ueberwälzung und die Steigerung der Kohlenförderung bewiesen Gegenwärtig arbeiteten von 470 000 Arbeitern 128 000 Arbeiter im Ruhrgebiet für die Entente der

täglich 77 Eisenbahnzüge

in 70 Waggonen Kohlen transportiert werden. Der französische Kohlenverbrauch sei nach den Angaben des französischen Arbeitsministers gegenwärtig mit 90 Prozent des Friedensbedarfes gedeckt, also bedeutend höher als der Englands. Frankreich habe große Kohlenvorräte an. Dies müsse bei der deutschen Arbeiterschaft Beunruhigung erregen, worunter die Förderung erneut leiden könnte. Sie sei auch nicht durch militärische Eroberung zu erzwingen, wie das Saargebiet beweise, wo trotz einer 25prozentigen Vermehrung der Arbeiterschaft die Förderung um 55 Prozent zurückgegangen sei. Der Redner appellierte an die völkswirtschaftliche Einigkeit Frankreichs und hoffte, daß diese die Bergarbeiter nicht zur Verzweiflung treibe.

Einführung eines Arbeitsdienstjahres.

Die Entente muß begreifen, daß die Kohle für uns die einzige Quelle für die Zahlungsmittel und Mittel zum Wiederaufbau ist. Jetzt sind wir durch das Abkommen von Spaas gezwungen, der Entente monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle zu einer Schleuderpreisen zu liefern. Gönnte man uns den Weltmarktpreis abgebilligt, dann wären wir in die Lage versetzt, uns die nötigen Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen und damit allmählich zu einer Befreiung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage zu kommen.

Doch die Entente hat es anders gewollt. So müssen wir uns eben nach einem anderen Weg umsehen, um uns dem Finanzelend herauszuheben. Wie verlautet, rät man sich im Reichskabinett mit dem Gedanken an Arbeitsdienstjahr einzuführen. Und zwar geht man die Dienstpflichtigen vor allem in der Kohlenproduktion zu verwenden. Sämtliche brauchbaren Kräfte des Volkes, etwa im Alter von 16 bis 25 Jahren, sollen sich auf Grund eines Gesetzes eine bestimmte Zeit ausschließlich dieser Arbeit widmen. Die auf diese Weise herangezogenen Kräfte sollen jedoch nicht allein in eigentlichen Bergbau Verwendung finden, sondern in allen Wirtschaftsgebieten, die dem Bergbau dienen. Selbstverständlich dürften nur solche Berufsleute zu der Arbeitspflicht in den Bergwerken herangezogen werden.

Dieses Problem besonders in Verbindung mit der vom Reichskabinett beschlossenen Sozialisierung des Bergbaues wird zweifellos in den nächsten Monaten in unseren Parlamenten und wirtschaftlichen Kreisen eingehend erörtert werden.

Aufbesserung der Altpensionäre.

Durch Gewährung eines Pensionszuschusses.

Die seit langem angekündigte Vorlage zur Aufbesserung der Altpensionäre, d. h. derjenigen Beamten und Offiziere, welche vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind und daher an den Vorteilen der neuen Besoldungsordnung nicht beteiligt sind, ist nun endlich fertiggestellt und dem Reichsrat zugegangen.

In dem Entwurf wird eine rechtliche Verpflichtung zu völliger Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären zwar nicht anerkannt, aus Billigkeitsgründen muß aber erstens eine erweiterte finanzielle Fürsorge in Anlehnung an die Besoldungsreform ge-

macht werden. Das soll geschehen durch Gewährung eines Pensionszuschusses von 50 Prozent des Unterschiedes, der sich ergibt aus dem Vergleich der gesetzlich zustehenden Pension mit denjenigen Bezügen, die den betreffenden Beamten und Offizieren zugestehen wären, wenn bei ihrem Ausscheiden die neuen Besoldungsgehalte auf sie Anwendung gefunden hätten. Der vorgesehene Zuschuß soll von der reinen Pension und nicht von den sonstigen Bezügen, wie Kriegszulage und dergleichen, errechnet werden. Maßgebend ist auch nur die Pension, deren Höhe in den gesetzlichen Vorschriften ihre Grenze findet. Einen Zuschuß in derselben Höhe und in der gleichen Weise berechnet, erhalten auch Witwen und Waisen.

Die erhöhten Bezüge sollen allen Versorgungsberechtigten gewährt werden, ohne daß hierzu der Nachweis eines Bedürfnisses erforderlich ist. Im übrigen bleiben die bisher geltenden Vorschriften bezüglich der Kürzung der Gehaltsanteile in Kraft, so daß eine Anrechnung von Nebeneinkünften auch fernerhin wird erfolgen können.

Der Gesetzesentwurf steht für Neu- und Altpensionäre, für Wartegeldempfänger und Waisen Kinderzuschläge in gleichem Umfange vor, wie dies durch das Besoldungsgehalt für Kinder von aktiven Beamten und Offizieren geschehen ist. Ferner sollen sowohl die Neu- wie die Altpensionäre Feuerungszulagen in Höhe von 50 Prozent desjenigen Betrages erhalten, den der Beamte oder Offizier nach Maßgabe des Besoldungsgehaltes bei seiner Pensionierung zu beanspruchen berechtigt ist. Die Hinterbliebenen erhalten die gleichen Feuerungszulagen, die ihre Ehegatten als Pensionäre erhalten haben oder erhalten hätten. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann auf Antrag über die Hälfte, bis zur vollen Höhe des Betrages, hinausgegangen werden.

Pensionäre, die aus Anlaß des Krieges 1914/18 im aktiven Heere oder als Beamte im Reichsdienst verwendet worden sind, erhalten nach Beendigung der Verwendung eine nach Maßgabe ihrer nunmehr verlängerten Dienstzeit berechnete Pension.

Das Pensionsergänzungsgehalt soll mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten. Die Ausführungsbestimmungen hat der Reichsfinanzminister zu erlassen.

In diesem Entwurf sind eine Reihe von berechtigten Wünschen der Altpensionäre unberücksichtigt geblieben. Doch darf man sich der Hoffnung hingeben, daß Reichsrat und Reichstag die Vorlage in dieser Hinsicht einer wohlwollenden Nachprüfung unterziehen werden.

Der Kartoffelwucher.

Wachsende Erregung wegen der hohen Kartoffelpreise

Aus allen Teilen des Reiches wird eine ständige wachsende Aufregung der Bevölkerung über die hohen Kartoffelpreise und die angebliche Verschlebung von Kartoffeln ins Ausland gemeldet. Die Regierung hat bis jetzt sehr geringe Anstalten gemacht, um dem Uebel abzuhelfen und gegen die Kartoffelwucherer ernsthaft vorzugehen. Sie begnügt sich zunächst mit der Erklärung, daß die Nachrichten auf Verschlebung von Kartoffeln ins Ausland und deren Ankauf für Brennstoffen unzutreffend sei. Im übrigen verweist sie darauf, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten wegen der Kartoffelpreise in einer demnächst zwischen Produzenten und Gewerkschaften stattfindenden Besprechung behoben werden sollen.

Unterdessen wächst die Erregung im Lande, und an vielen Orten ist die Bevölkerung infolge des Verlangens der Regierung zur Selbsthilfe geschritten. Weltweite Kreise der Bevölkerung halten den von der Regierung im März dieses Jahres festgesetzten Höchstpreis für zu hoch und bezeichnen 20 Mark für den Zentner als ausreichend. In Sachsen fordern die landwirtschaftlichen Körperkassen die Landwirte auf, von jedem Hektar 10 bis 20 Zentner für diesen Preis abzugeben. Der Kartoffelschmuggel von Deutschland nach Böhmen sei in der letzten Zeit so stark geworden, daß jetzt an der sächsischen Grenze in der Gegend von Chemnitz Maßnahmen getroffen werden mußten. — In Mecklenburg ist die Stimmung sehr erregt, weil der Bevölkerung dort der Preis von 30 Mark als viel zu hoch erscheint. Inzwischen ist an der holsteinischen Westküste der Preis schon auf 60—70 Mark gestiegen. Aus Westfalen wird berichtet, daß immer mehr Landwirte sich bereit erklären, an Minderbemittelte der Gemeinden einen Teil ihrer Kartoffelernte für 16 bis 22 Mark abzugeben. Die Gemeinden übernehmen die Verteilung. Der allgemeine Kartoffelpreis in Westfalen schwankt zwischen 25 und 35 Mark. In Herford, Minden, Bielefeld, Schaumburg-Lippe beschloßen die Eisenbahner, keine Kartoffeln zur Ausfuhr durchzulassen, so lange nicht der Bedarf der Gegend gedeckt sei. In Magdeburg erfolgten Demonstrationen gegen die hohen Kartoffelpreise. In Darmstadt setzten sich die Gewerkschaften aller Richtungen mit den Landwirten in Verbindung, um in einer Konferenz über die Kartoffelpreise zu verhandeln.

Politische Rundschau.

— Berlin, 25. September 1920.

— Reichspräsident Ebert hat sich zum Besuch der Deutschen Ostmesse auf dem Seewege nach Königsberg begeben.

— Oberst Freiherr v. Ledebour, der wegen seiner Haltung in den Tagen des Kapp-Zuges als Kommandeur des Reichswehrregiments verabschiedet worden war, ist wieder aktiviert worden.

— Die Einberufung einer neuen Reichsschulkonferenz ist für den 28. Dezember geplant.

— Die sächsische Regierung hat die Landtagswahlen für den Freistaat Sachsen auf den 14. November ds. Jrs. festgelegt.

— Im besetzten rheinischen Gebiet ist die Sicherheitspolizei (grüne Polizei) seitens des hohen Ausschusses der Alliierten zugelassen worden, jedoch mit der Bestimmung, daß sie nicht unter der Leitung des Staates, sondern der Kommunen stehen soll.

— Die Einführung der freien Arztwahl, ursprünglich zum 1. Oktober geplant, ist auf den 1. Januar 1921 verschoben worden, da die organisatorischen Arbeiten nicht früher erledigt sind.

— Einziehung des Reichsmotopfers bis spätestens 1. Februar. In den Verhandlungen des Staatssekretärs Moesler mit dem Landesfinanzamt in Frankfurt

wurde vom Staatssekretär Moesler der Termin für die Einziehung des Reichsmotopfers auf spätestens den 1. Februar 1921 angegeben. Die Ueberwachung der Post von und nach dem Auslande soll so lange weiter bestehen, bis die Veranlagung zum Reichsmotopfer und zur Wertzuwachssteuer abgeschlossen ist.

— Die Spaltung in der U. S. V. D. In den drei größten Städten der Provinz Sachsen, Halle, Magdeburg und Naumburg, haben sich die Unabhängigen für den Anschluß an Moskau entschieden, ebenso in Gotha, Jena und Suhl. — Auch in Frankfurt a. M. hat sich eine Parteiverammlung für den Anschluß an Moskau ausgesprochen, nachdem Däumig und Crispian besichtigt hatten. Däumig erklärte sich offen für eine Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Um den Wirrwarr unter den radikalen Parteien zu vervollständigen, haben die sogenannten „Nationalsozialisten“ in Hamburg, Lauffenberg und Wolfheim, noch eine neue, die dritte, kommunistische Partei gegründet, die sie „Bund der Kommunisten“ nennen. Als Ziel wird verkündet: Errichtung der kommunistischen Republik Deutschland, Sicherung ihres Bestandes nach innen und außen, Wahl von Betriebsräten und politischen Arbeiterräten nach der Bewaffnung der Arbeiterklasse, Organisation der revolutionären Verteidigung gegen die imperialistischen Mächte des Völkerbundes.

Arbeitsminister Dr. Brauns im Ruhrgebiet.

Der Reichsarbeitsminister hat sich ins Ruhrgebiet begeben, um auf Ersuchen der Bergarbeiterverbände eine Klärung der zwischen dem Bergarbeiterverband und der Vertreter der Arbeitnehmer in der Tarifangelegenheit noch bestehenden Differenzpunkte herbeizuführen. Die Bergarbeiter verlangen eine weitere Lohnerhöhung von 6 Mark täglich für die unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter und von 75 Pfennig pro Stunde für die oberirdischen Arbeiter, eine Forderung, deren finanzielle Lasten nach der Behauptung der Unternehmer ohne eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise vom Bergbau nicht getragen werden können. Arbeitsminister Dr. Brauns traf Donnerstag nachmittag in Bochum ein, um zunächst eine Aussprache mit den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und der Angestelltenorganisationen abzuhalten. Bei der in Bochum stattgefundenen Aussprache machte der Arbeitsminister die Arbeitervertreter darauf aufmerksam, daß eine Kohlenpreiserhöhung zur Durchführung der Lohnbewegung nicht möglich sei mit Rücksicht auf ihre bedenklichen Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben. Man müsse unbedingt zu einem Preisabbau kommen, um die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten und um zu verhindern, daß sie vom Weltmarkt abgeriegelt werde.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Abgeordneter Osterroth, erklärte, daß auch der Reichswirtschaftsminister auf dem Standpunkt stehe, daß eine neue Kohlenpreiserhöhung nicht möglich sei. Das Spaas-Abkommen beschränke den Kohlenverbrauch der deutschen Wirtschaft so außerordentlich, daß im kommenden Winter mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen sei, wenn es nicht gelänge, die Kohlenförderung in den nächsten Monaten noch wesentlich zu steigern.

In der Aussprache kamen Vertreter fast aller im Bergbau beschäftigten Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zu Worte. Von allen Seiten wurde auf eine baldige Sozialisierung des Bergbaues gedrängt und insbesondere die energische Inangriffnahme des Preisabbaues verlangt. Der Arbeitsminister erkannte rückhaltlos an, daß die Lage der Bergarbeiter sehr viel zu wünschen übrig lasse. Er versprach, seinen Einfluß in der Verhandlungen nach Möglichkeit geltend zu machen.

Der Minister hatte auch eine Besprechung mit den Vertretern des Bergarbeiterverbandes, um die Auffassung der Unternehmenseite kennen zu lernen.

Eröffnung der Brüsseler Konferenz.

Die deutschen Delegierten sind Donnerstag in Brüssel eingetroffen. Ein offizieller Empfang fand nicht statt. Ein großer Teil der übrigen 35 Delegationen ist schon eingetroffen. Die erste Sitzung im Parlamentsgebäude fand Freitag nachmittag statt. Sie wurde mit einer Ansprache des Präsidenten der Finanzkonferenz dem ehemaligen schweizerischen Bundespräsidenten Ador eröffnet. Danach beschäftigte man sich mit der Feststellung der Tagesordnung und anderen technischen Fragen.

Schließung der Besatzungskosten.

Savas meldet, daß die Alliierten den deutschen Antrag, die Kosten für die Ueberwachungskommissionen in Deutschland und für die Besatzungsarmee, insofern nachzugeben bereit seien, als die Nachprüfung der Notwendigkeit der Ueberwachungskommissionen von dem Obersten Rat angeordnet sei.

Abstimmung in Oberschlesien Mitte November.

Nach einer „Secolo“-Meldung aus Paris hat der Völkervertrag bei den alliierten Kabinetten die Festlegung der Volksabstimmung in Oberschlesien für die zweite Novemberwoche beantragt.

Rundschau im Auslande.

— Die Konferenz der britischen Bergarbeiter-Delegierten hat wie Reuter meldet, beschlossen, dem Ersuchen Lord Georges stattzugeben, und die Streikankündigung um eine Woche aufzuschieben.

— Papst Pius XI. hat sich nicht zufällig, sondern als Opfer eines Attentates aus dem Zuge gefallen. Deschane wird in die Heilanstalt Malmaison gebracht werden.

— Mit Rücksicht auf die in Piume festgesetzte Konferenz hat Völkerrat die unverzügliche Absendung von Delegationen nach Piume angeordnet.

Italo-Slowakei: Die Unterdrückung des Deutschtums.

Die Neue Freie Presse meldet aus Mailand: Obwohl den hiesigen Deutschen bereits drei Schulen genommen wurden, beschloß die tschechische Nationalversammlung eine weitere deutsche Schule zu beschlagnahmen. Da die Abnahme der Schule nicht sogleich erfolgte, führte die tschechische Volksmenge ungeachtet der Verhaftungsverfügung des Regierungshauptmanns das Schulgebäude und vertrieb die deutschen Kinder mit Gewalt aus den Klassenzimmern. — Am 1. August wurden nicht weniger als 614 deutsche Klassen und 35 deutsche Schulen geschlossen. Man errichtete seit dem Umsturz nicht eine einzige deutsche, wohl aber 460 tschechische Schulen, die jetzt wie Pilze aus dem Boden schießen.

Italien: Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

Die Arbeiterverbände der Textilindustrie und der chemischen Fabriken Italiens haben den Gewerkschaftsverband beauftragt, das Betriebsrätegesetz Völkerrats auch für die chemische und für die Textilindustrie durchzusetzen. Falls diesem Verlangen nicht sofort entsprochen werde, drohen momentan die Textilarbeiter mit der Besetzung der Fabriken. Die sozialistische Parteileitung hat diese Forderung bereits abgelehnt.

Lokales und Provinzielles.

• **Weissenheim, 27. Sept.** Nachdem vom 1. Oktober ab die Zwangswirtschaft für die Fleischversorgung in Weissenheim, finden am 4. Oktober in Frankfurt und am 5. Oktober in Mainz die ersten Schlachtviehmärkte statt.

• **Weissenheim, 28. Sept.** In der Rheinschiffahrt steht eine neue Lohnbewegung bevor. Die Matrosen fordern eine Erhöhung des Wochenlohns von 250 bis 400 Mark, die die Reeder in Anbetracht des Rückgangs der Frachten nicht bewilligen zu können glauben. Man versucht eine Einigung herbeizuführen auf der Grundlage eines Wochenlohns von 320 bis 330 Mark, falls sich eine Erhöhung der Frachten erreichen läßt.

• **Weissenheim, 28. Sept.** Durch Note der Rheinlandkommission sind für die besetzten rheinischen Gebiete verboten. 1. Die „Neue Badische Landeszeitung“ in Mannheim vom 5. September ab auf 1 Monat. 2. Die „Frankfurter Zeitung“ vom 3. September ab auf 1 Monat. Ferner ist die Einfuhr der „Süddeutschen Monatshefte“ (München) vom 1. September bis 30. November untersagt.

• **Weissenheim, 28. Sept.** Nach langer Pause gibt die Direktion Württemberg am Sonntag den 3. Oktober wieder ein Gastspiel im Saale des Hotel „Germania“. Für abends ist das bestbekannte und sehr beliebte Volksstück mit Gesang in 5 Akten „Muttersegen und Vatersfluch“ oder „Die Perle von Savoyen“ vorgesehen. Der Zeit entsprechende Kostüme, sowie ernste und heitere Szenen in bunt wechselnder Reihenfolge, sowie 12 Musik- und Gesangsnummern geben uns die Gewähr, daß auch der Bewöhrteste auf seine Rechnung kommen wird. Für die Jugend geht nachmittags das reizende Singspiel in 3 Akten, „Das Singvögelchen“ oder „Der dumme Hans“ in Szene. Auch Erwachsene, welche Freude an Humor und Gesang haben, ist der Besuch zu empfehlen. Bei der Beliebtheit, welcher sich die Direktion Württemberg beim hiesigen Publikum erfreut, ist anzunehmen, daß es am Sonntag ein volles Haus geben wird und empfiehlt es sich daher, die Plätze im Vorverkauf zu sichern, welcher in der Buchhandlung Hiltner bereits begonnen hat.

• **Weissenheim, 28. Sept.** Das am Sonntag den 26. ds. Mts. im „Deutschen Haus“ stattgefundene Konzert des Gesangsvereins „Liedertanz“ (Chorleiter Herr Karl Adam-Nüdesheim) kann in allen Teilen als wohl gelungen bezeichnet werden. Als Solistin trat Frä. Elise Wiesner, Wiesbaden (Sopran) auf, die schon gleich zu Anfang der Arie des Vagen aus „Hugenotten“ durch ihre wohlklingende, in allen Tonlagen gut durchgebildete Stimme, welche die Koloraturen dieser Arie mit bewundernswerter Sicherheit zur Geltung kommen ließ, sympathisch berührte. Der reichliche Beifall veranlaßte die Sängerin hierauf zur Zugabe der Mozart'schen „Warnung“. Mit den beiden Liedern im 2. Teil des Programms „Frühling ist da“, (Hildach) und „Wiegenlied“, (Mozart) die durch ihre vollstimmlichen Weisen alles in ihren Bann zogen, erlangte Frä. Wiesner vollends die Herzen der Zuhörer. Stürmischer Beifall rief die Solistin mit „Strampelchen“ von Hildach hervor. Die Künstlerin, deren Ausbildung die Schule des Herrn Prof. Fahr (Spangenberg'sches Konservatorium Wiesbaden) erkennen läßt, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. — Was die Männerchöre anbelangt, so ist das Gebotene nur lobenswert hervorzuheben. Von denselben wurde die Chorballade „Gottentreue“ von Hans Wagner, hauptsächlich in Sängerkreisen, mit Spannung erwartet. Das Chorwerk wurde mit ruhiger tonlicher Sicherheit, unter sorgfältiger Beachtung der dynastischen Schattierungen vorgetragen und der wichtige Schluß dieses Werkes, welcher besonders an die 1. Tendenz größte Anforderungen stellt, kam voll und ganz zur Wirkung. Aus unserem herrlichen, deutschen Volksliederschatz wartete der Verein mit „Untreue“ von Silcher und „Die Spinnerin“ von Schauf auf, das letztere Lied fand infolge der schmerzlichen Komposition, die sinngemäß vorgetragen wurde, außerordentlich begeisterten Beifall, der die Sänger zu einer Wiederholung des Liedes nötigte. Des Näheren auf die weiter vorgetragenen Chöre einzugehen, erübrigt sich. Sie waren alle von der verständnisvollen Hingabe der Sänger an unseren schönen Männergesang beseelt und legten Zeugnis ab von der strammen, zielbewußten Leitung des Dirigenten. — Die Musik wurde von einem Künstler-Quintett ausgeführt, dessen Darbietungen man ebenfalls mit großem Interesse lauschte und mit reichem Beifall, der das Quintett zu mehreren Zugaben nötigte, belohnte. Auch diesen Leistungen sei hiermit nochmals volle Anerkennung gesagt. — Abends von 8 Uhr ab schloß sich im Saale des Vereinslokals „Frankfurter Hof“ eine Familienfeier für die Mitglieder des Vereins und deren Angehörige an, welche überaus gemütlich und unterhaltend verlief.

• **Altmannshausen, 27. Sept.** Die Rotweinslese hat mit dem heutigen Tage begonnen. Mit dem Ergebnis ist man, je nach Lage der Weinberge, in Qualität und Quantität zufrieden. Es werden für das Pfund Trauben Mk. 4,50 bezahlt.

• **Vom Rhein, 26. Sept.** Das in Dortrecht beheimatete Schiff „Anna“, Schiffer Hansenspeel, das im Anhang des holländ. Schraubenschleppers „Atalante“ talwärts fuhr, ist mit starker Beschädigung mitten im Ringer Loch gesunken, wodurch dieses Fahrwasser vollständig gesperrt wurde. Das Schiff ist mit 616 Tonnen Stein Salz von Mannheim nach dem Niederrhein befrachtet. Die Ladung ist verloren. Berg- und Talschiffahrt ist vorerst lediglich auf das neue Fahrwasser angewiesen.

• **Frankfurt, 27. Sept.** Die Stadtverwaltung Frankfurt hat beschlossen, ab 1. November den Betrieb der Waldbahn einzustellen, da der Magistrat nicht in der Lage ist, das große zwischen Einnahme und Ausgaben bestehende Defizit zu decken.

Aus Stadt und Land.

• **Ein „Obdachlosenrat“** haben die Insassen eines Berliner Nachtasyls gebildet. Sie haben der Asylleitung gegenüber durchgesetzt, daß es jedem Insassen von nun an gestattet werden soll, sieben Nächte statt wie bisher fünf die Gastlichkeit des Asyls in Anspruch zu nehmen. Dieser Obdachlosenrat hat seinen Sitz in Weissenheim, wo ein Büro eingerichtet worden ist.

• **Umtausch der ehemaligen deutschen Kriegsschiffe.** Der französische Marineminister hat beschlossen, daß die von Deutschland an Frankreich auszuliefernden Schiffe umgetauscht werden, und zwar wird die „Regensburg“ in „Strasbourg“, die „Königsberg“ in „Reims“, die „Stralsund“ in „Mülheim“, die „Kolberg“ in „Kolmar“ und die „Nowara“ in „Thionville“ (Niederhosen) umgetauscht.

• **Entdeckte Kollisionschance.** Von der Dresdener Arin inspektur konnte vor einigen Tagen eine Kollisionschance aufgedeckt und die Beteiligten zur Anzeige gebracht werden. Das Kollisions, das aus Heeresbeständen stammt, wurde beschlagnahmt. Es befand sich bereits in sechster Hand und sollte für 58 000 Mark an den Mann gebracht werden.

• **Ein kommunistischer Regimentkommandeur als Betrüger.** Der Hilfsarbeiter Zimmer vom Postfachamt in München, der während der Rätezeit Kommandeur eines Artillerie-Regiments war, versuchte mit einem Ingenieur als Kontoinhaber und noch einem Helfershelfer das Postfachamt um 200 000 Mark zu betrügen. Der Täter wurde indessen festgenommen.

• **Kampf mit einem Bären.** Dem Angriffe eines Bären waren dieser Tage der Borkwerkesbäuer R. sowie dessen Frau in Abbau Dramburg in Pommern ausgesetzt. Auf dem Grundstück erschien eine Bärenführerin mit ihrem Bären, der sich von seiner Führerin befreite, seinen Maulkorb abstrickte und sich auf Frau R. stürzte, die von dem gereizten Tier übel zugerichtet wurde. Als R. versuchte, seine Frau zu befreien, stürzte der Bär sich auf ihn, warf ihn zu Boden und bearbeitete ihn gleichfalls mit seinen Zähnen und seinem Gebiß. Ein schwerer Schlag mit einem Wagenschwengel, den Frau R. nun gegen den Bären führte, betäubte ihn dann so weit, daß ihr Mann aus seiner gefährlichen Lage befreit wurde. Die allgemeine Aufregung benutzte die Bärenführerin, um mit ihrem aus seiner Betäubung bald wieder erwachenden Bären zu verschwinden.

• **Munitionsexplosion in Danzig.** Im Freihafenbezirk (Nordseite) in Danzig-Neufahrwasser kam es Freitag nachmittag zu einer Explosion. Im Rahmen der Munitionstransporte für Polen war ein Zug mit Munition geladen worden. Als der Zug, um zu rangieren, langsam anzog, erfolgte plötzlich eine gewaltige Detonation. Ein mit Handgranaten beladener Wagon war explodiert. Der Wagon war zertrümmert. Die Explosion geschah während einer Arbeitspause, so daß sich nur wenige Arbeiter in der Nähe aufhielten. Drei Personen sollen durch Sprengstoffe leicht verletzt sein. Die Munition war mit Schiffs von Frankreich nach Neufahrwasser gekommen und wurde hier im Freihafen in Eisenbahnwagen geladen, um weiter nach Polen befördert zu werden. Die Explosion ist auf Selbstentzündung zurückzuführen. Lediglich die Minderwertigkeit der Handgranaten hat ein größeres Unglück verhütet.

• **Raubmord an einem Geldverleiher.** In der Linienstraße im Norden Berlins wurde der 70 Jahre alte Kaufmann Rudolf Engelmann in seiner Wohnung ermordet und beraubt aufgefunden. Alle Verhältnisse waren erbrochen, geöffnet und durcheinander gewürfelt. Das Messer mit dem der Mörder seinem Opfer die Kehle durchgeschnitten hat, lag neben der Leiche. Es wird angenommen, daß einer seiner Kunden ihn hinterücks überfallen und zunächst verhaftet hat, ihn zu knebeln. Der Überfallene scheint sich jedoch heftig zur Wehr gesetzt zu haben, und dann hat der Täter, um nicht überfaßt zu werden, von dem Messer Gebrauch gemacht.

• **Das Herder-Denkmal in Weimar beschädigt.** Di Weimarer Erinnerungshätte an Johann Gottfried Herder wurde von unbekannten Tätern zertrümmert. Auf die Gedenktafel im Fiesurter Park, welche an die klassische Zeit erinnert, weist allenthalben böswillige Beschädigungen auf.

• **Die Massenauflösung von Bergarbeitern aus Elßaß-Lothringen** nimmt ständig größeren Umfang an. Wie im Diedenhofener Minettegebiet, so zeigt auch im Forbacher Grubenrevier die Abwanderung seiner Stillstand. Allein am 15. September haben in Merlenbach etwa 2000 Bergleute gekündigt.

• **Arbeitslosen-Demonstrationen in Bamberg.** So dem Lokal, in dem die Tagung der Bayerischen Volkspartei stattfindet, demonstrierte eine große Zahl von Arbeitslosen, die der Meinung waren, daß eine Geheimversammlung der bayerischen Königsparthei tage später kam es auch vor der Wohnung des Bamberger Oberbürgermeisters Wächter und in verschiedenen Straßen zu Unruhen, die ein Einschreiten der Polizei und mehrere Verhaftungen notwendig machten. Tags zuvor schon war eine von der Bayerischen Königsparthei inberaumte Versammlung durch Spartakisten mit der Drohung gesprengt worden, das Haus an allen Ecken und Enden anzuzünden. Die Königsparthei will nach den Bamberger Erfahrungen in ihren Ortsgruppen den Selbstschutz organisieren.

• **Massendiebstähle in Wien.** Im städtischen Lagerhaus wurden über 100 Arbeiter verhaftet, die täglich Mehl gestohlen haben. Der Schaden ist enorm. Die Lagerarbeiter drohen mit dem Ausstand, um die Entlastung der Liebe zu erzwingen und eine strenge Kontrolle zu verhindern.

• **Tödlicher Abstieg in den Bergen.** Der 30 Jahre alte Bankbeamte Dollmaier und die 27 Jahre alte Friederike Fidler, beide aus München, stürzten an der Ostwand der Kamfenspitze tödlich ab. Die Leichen wurden bereits geborgen. Auch am Fuße der Birklarspitze wurden die Leichen von zwei noch unbekannten Märgener Touristen aufgefunden. Sie sind vermutlich ertrunken.

• **Amundsen's Expedition.** Amundsen telegraphierte aus Romo in Alaska, daß er mit dem Ergebnis seiner zweijährigen Arbeit sehr zufrieden sei. Die Expedition bestche außer ihm nur noch aus drei Mitgliedern, da einige ihn verlassen hätten. Amundsen beabsichtigt, sofort die Reise über den Nordpol anzutreten.

• **Scharfe Zensur in Budapest.** Freitag hat in Budapest die Zensurur eingesetzt. Bisher wurden 3 1/2 Millionen Meter Filme, die gegen die Stillschaltung verstößen, nicht mehr zu Aufführungen zugelassen.

Kleine Nachrichten.

• **Gegen den Schulkreis in Plauen** wird jetzt mit Strafverfügungen vorgegangen. Die Strafe an die Eltern und Erziehungsbevollmächtigten, die ihre Kinder nicht in die Schule schicken, ist auf 30 Mark oder Haft von 10 Tagen festgesetzt worden.

• **Bei einer Explosion** in den Farbenfabriken vorwärts Beyer in Wiesdorf bei Elberfeld wurden vier Arbeiter schwer und vier weitere leicht verletzt.

Neueste Nachrichten.

TU Düsseldorf, 28. Sept. Auf dem rheinischen Parteitag der sozialdemokratischen Partei hielt gestern der preussische Ministerpräsident Braun eine bemerkenswerte Rede. Er wies einleitend daraufhin, daß das deutsche Volk sich die Hoffnung auf eine bessere Zukunft von niemandem nehmen lassen werde. Die Volkstimmung sei heute anders als am 6. Juni. Diejenigen, die auf Werbearbeit der Rechtsparteien hineingefallen seien, dächten heute ganz anders. Die sozialdemokratische Partei habe jetzt nicht den Wunsch, in die Reichsregierung einzutreten, zurzeit liege für die Partei noch keine Veranlassung vor, das Reich ohne zweifellos noch trübsen Zeiten entgegen. Was man zur Besserung tun könne? Man möge Preise festsetzen: Jede Ueberschreitung dieser Preise mit unerbittlichen Strafen belegen. Man müsse den Preistreiber ins Zuchthaus stecken, man würde dann sehen, daß es besser werden würde. Der Glaube, daß die hohen Löhne die Preissteigerungen bewirkten, sei ein Irrtum. Die Preissteigerungen seien eher dagewesen, als die Lohnsteigerungen. Es muß die Aufgabe des Reiches sein, die hohen Preise für die Rohstoffe herabzudrücken. Das könne durch eine Sozialisierung der Betriebe geschehen. Es sei unerlässlich für die Buntätigkeit, daß der Abbau der Rohstoffpreise einsehe, auch die Arbeitslosigkeit könne nur auf diese Weise bekämpft werden. Ich bemühe mich schon seit Jahr und Tag fuhr der Ministerpräsident fort, die großen Truppenübungsplätze zu bebauen. Die militärischen Kreise aber sitzen auf diesen Truppenübungsplätzen so fest, wie die Penne auf ihren Eiern. Ähnlich liegt es bei den Kasernen. Ueberall sitzen die Beamten herum, die an diesen Dingen festhalten, die sie verwalten und abwickeln, weil sie sonst nichts zu verwalten haben. Ich selbst habe mit Baltistumer Teile des Lockhärdter Lagers umplügen lassen. Heute wird schon wieder mit einer militärischen Diktatur gespielt. Das kann nur verhindert werden, wenn man nur den Kreisen Waffen läßt, die behördlich dazu ermächtigt werden. Wenn es zum Bürgerkrieg kommt, so wird die Entente nur hohnlachender Erbe sein. Die Franzosen wünschen nichts sehnlicher, als daß Deutschland bolschewistisch wird. Der Ministerpräsident schloß: „Das Bild, das die gesamte politische Lage darbietet ist überaus tröstlos!“

TU Berlin, 28. Sept. Vor einigen Tagen wurde in einer Autodroschke eine Aktenmappe gefunden, die der Geschäftsführer des Landbundes in Halle, Bedt, hatte liegen lassen. In der Tasche befand sich außerordentlich wichtiges Material über Geheimorganisationen der „Orgefa“ und des Landbundes, darunter auch der Wortlaut einer Rede des Forstrats Eicherich, in der versichert wird, daß die „Orgefa“ ihr Ziel mit der Waffe in der Hand verfolgen werde, solange dies notwendig sei. Sämtliche Landwirtschaftlichen Vereine der Umgegend, sogar Ziegen- und Kaninchenzüchtervereine aber auch das Landesökonomielokogium sind der „Orgefa“ angeschlossen. In dem Material befand sich auch die Mitteilung des Geschäftsführers, Bedt, in einer Versammlung, daß er binnen kurzen Material gegen den Oberpräsidenten veröffentlichen werde, das zu seinem Sturze hinreiche. Der Vertreter des „Vormärts“ hat sich nun an das Oberpräsidium gewandt, um Einzelheiten über das Material zu erhalten. Das Oberpräsidium verweigerte bis jetzt jede Auskunft über den Mappenfund.

TU Stuttgart, 28. Sept. Mit dem 1. Oktober geht die Silber-Bahn, ein privates Unternehmen, welches den Verkehr eines besonders fruchtbaren Gebietes erschließt und mit Stuttgart verbindet, in den Betrieb der Reichseisenbahnen über.

TU Berlin, 28. Sept. Wie der T. U. gemeldet wird, will man in Rumänien von einem Plane Englands Kenntnis erhalten haben, aus Konstantz eine englische Flottenbasis zu machen. Die rumänische Presse ist über diese angebliche Absicht Englands sehr aufgebracht.

TU Zürich, 28. Sept. Der amerikanische Delegierte für die Brüsseler Konferenz, Dryden, wurde, wie aus New-York gemeldet wird, beauftragt, die Entente-Delegierten mit der Ansicht der amerikanischen Regierung bekannt zu machen, die dahin geht, daß die harten Zahlungsbedingungen, denen Deutschland unterworfen sei, wesentlich gemildert werden müssen. Deutschland soll nach Möglichkeit durch bessere finanzielle Abmachungen mit dem Auslande in seiner Produktion ermutigt werden. Die amerikanische Regierung empfiehlt als vorübergehende Maßnahme ein System, auf Grund dessen Ganz- und Halbfabrikate als Zahlungsmittel für Rohstoffe erwünscht und genommen werden sollen.

TU Basel, 28. Sept. Aus London wird gemeldet: Der Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Davis, erklärte in einer Unterredung, die er mit einem Vertreter der „New-York Times“ hatte, daß Oesterreich, Ungarn und Deutschland in nächster Zeit in den Völkerbund aufgenommen würden.

TU London, 28. Sept. Der Plan einer Verbindung zwischen England und Frankreich durch eine Tunnelführung unter dem Kanal kann für absehbare Zeit als gescheitert betrachtet werden. Wie die T. U. erfährt, ist nämlich die zur Ausarbeitung der Tunnelpläne gebildete englische Militärkommission aufgelöst worden und damit die Inangriffnahme des bedeutsamen Werkes fürs erste aufgegeben.

TU London, 28. Sept. Die Bergarbeitervertreter beschlossen, den Streik auf eine andere Woche zu verschieben und direkte Verhandlungen mit den Grubenbesitzern zu eröffnen.

TU Tokio, 28. Sept. Das Anwachsen des japanischen Wohlstandes wird ersichtlich durch die Ergebnisse der Steuereinnahmen im laufenden Jahre bis Ende August, welche Schätzungen um 636 Millionen übertreffen. Diese Mehreinnahmen wurden hauptsächlich durch die Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer hervorgerufen. Das neue Budget sieht abermalige bedeutende Erhöhungen der Steuern vor, um die Kriegsrüstungen zu fördern.

Bekanntmachung.

Zur Durchführung des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (R. G. Bl. S. 1553) ist bei dem hiesigen Bürgermeisteramt (Zimmer Nr. 3) eine Ablieferungsstelle für Militärwaffen eingerichtet worden. Zur Ablieferung ist jeder Mann verpflichtet, der Militärwaffen in seinem Besitz hat. Der Besitz eines Waffen- oder Jagdscheines entbindet nicht von der Ablieferungspflicht. Wer bis zum 10. Oktober 1920 Waffen oder Munition abgeliefert, erhält die vollen, von dem Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung festgesetzten Prämien, die bei dem Bürgermeisteramt eingesehen werden können. Wer in der Zeit vom 11. Oktober bis 20. Oktober einschl. abgeliefert, erhält die halben Sätze. Wer nachher bis zum 1. November abgeliefert, erhält keine Prämie mehr, genießt jedoch ebenso wie diejenigen, welche bis zum 20. Oktober abgeliefert haben, Straffreiheit. Es ist nicht erforderlich, daß der Besitzer seine Waffen selbst abgeliefert. Die Person des Ablieferenden wird nicht festgestellt, eine Legitimation wird nicht verlangt.

Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, mit Geldstrafe bis zu 300 000 Mk., in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren Zuchthaus wird bestraft:

Wer nach dem 1. November 1920 Militärwaffen unbefugt in Gewahrsam hat oder der ihm obliegenden Anmeldepflicht nicht nachgekommen ist (als Inhaber des Gewahrsams gilt auch der, in dessen Wohnung, Gebäude, auf dessen Grund und Boden oder Schiff sich Militärwaffen mit seinem Wissen befinden).

Geisenheim, den 25. September 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Bekanntmachung.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die bei dem Wirtschaftsamt bestellten Winterkartoffeln in Höhe der bestellten Mengen abgenommen werden müssen. Es handelt sich um sogenannte Vertragkartoffeln, für die der Preis vertraglich festgesetzt ist und die 3 Rt. unter 36. — Mk. für den Zentner nicht abgegeben werden können. Augenblicklich schweben Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Organisationen wegen eines Preisnachlasses; ob ein solcher erzielt wird, steht noch dahin. Falls der Preis herabgesetzt werden sollte, werden selbstverständlich die entsprechenden Beträge den Kartoffelabnehmern vergütet werden.

Geisenheim, den 27. September 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Von Freitag den 1. Oktober an kommt in den Kolonialwarenhandlungen der

Haushaltungszucker

für den Monat Oktober zur Verteilung. Auf die Person entfallen 500 Gramm zum Preise von Mk. 1.75 b. Wd.

Die Abtrennung des Lebensmittelskartenabschnittes Nr. 16 hat am Dienstag den 28. und Mittwoch den 29. d. Mts. zu erfolgen.

Die Kolonialwarenhändler haben die Abschnitte sowie leere Sätze für die Reste bis Donnerstag Vormittag spätestens 10 Uhr im Wirtschaftsamt abzugeben.

Geisenheim, den 27. September 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Verkauf der Margarine das Pfund zu Mk. 5. — wird am Mittwoch den 29. d. Mts., vorm. von 8—12 und nachm. von 2—4 Uhr fortgesetzt.

Geisenheim, den 28. September 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes der Hessisch-Nassauischen landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft in Rudesheim verlangt eine Anzeige aller im Grundbesitz eingetragenen Veränderungen.

Die betreffenden Betriebsunternehmer werden deshalb aufgefordert, alle erforderlichen Meldungen bis zum 10. Oktober 1920 auf dem Rathaus (Zimmer 3) zu erstatten.

Geisenheim, den 24. September 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat erneut darauf hingewiesen, daß die Steuererklärungen zum Reichsnotopfer und zur Besitzsteuer unter allen Umständen bis zum 30. September 1920 beim Finanzamt eingegangen sein müssen und eine weitere Fristverlängerung nicht zu erwarten ist. Wenn in vielen Kreisen der Bevölkerung die Ansicht vertreten ist, das Reichsnotopfer gelange nicht zur Erhebung, so ist diese Ansicht als irrig zu bezeichnen.

Wer die nunmehr endgültige Frist — 30. 9. 20 — versäumt, hat entsprechende Geldstrafen zu gewärtigen.

Geisenheim, den 24. September 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassstalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Versteigerungsanzeige.

Mittwoch, 29. Sept. 1920, vorm. 11 Uhr
versteigere ich im Freih. v. Zwierlein'schen Hof, gegen gleich bare Zahlung:

- 1 Ladfaß, komplett, 8 Herbstbütteln,
- 10 Leesebütteln und Blech, 1 Fegel,
- 4 Halbstückfaß und anderes mehr.

Besichtigung am Tage der Versteigerung von 9 Uhr an.

Freih. v. Zwierlein'sche Verwaltung.
Meckel.

Versteigerungsanzeige.

Am Donnerstag, 30. Sept., vorm. 1/2 9 Uhr
versteigere ich im Auftrage der Erben Hef in Rudesheim, Rheinstr. 11, gegen gleich bare Zahlung folgende Gegenstände:

- 1 großer Leiterwagen, 1 Stellkarren,
- 1 Pflugkarren mit Vorderpflug, 2 Ackerpflüge (Dauborner neu), 1 Kartoffelhäufelpflug, 1 Weinbergspflug (Planet), 1 Egge,
- 1 Walze, 1 Fruchtputzmühle, 1 Schrotmühle, 1 Hackelmühle, 1 Dickwurzmühle,
- 1 kompl. Pferdegeschirr, 1 kompl. Ackergeschirr, 1 gr. Ernterechen, 1 Säeforb,
- 1 Sense, Rechen etc., 3 Krippen 1 Wasserpumpe und verschiedenes mehr.

J. Heinz, Auktionator, Rudesheim
Telefon Nr. 187. Friedrichstr. Nr. 14.

Versteigerungsanzeige.

Donnerstag den 30. September 1920,
vormittags 10 Uhr,
versteigere ich im Auftrage der Direktion der Niederwaldbahngesellschaft in Rudesheim am Bahnhof der Niederwaldbahn gegen gleich bare Zahlung:

- 1 gute Adler-Schreibmaschine,
- 1 Schreibtisch, nußbaumfourniert,
- 1 Damenschreibtisch, Nußbaumholz,
- 1 großer Mahagoni-Stehspiegel, besonders für Schneider und Schneiderinnen geeignet,
- 1 Spieltisch,
- 1 Barometer, 1 Thermometer,
- 1 Beisehtischchen aus Holz,
- 1 eiserner getriebener Beisehtisch,
- 2 vierarmige stark verfilb. Tischleuchten,
- 1 Blumentisch,
- 1 eiserne Bettstelle mit Matratze, Kopfteil und Decke,
- 1 Mahagoni-Bett (Kopfhaarpolsterung),
- 1 Mahagoni-Nachttisch mit Marmorplatte,
- 2 Papierschere und 1 Heckenschere,
- 1 Saugpumpe (gut verwendbar bei Hochwasser) u. v. m.

J. Heinz, Auktionator, Rudesheim
Telefon Nr. 187. Friedrichstraße 14.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Jansen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis Mk. 3. —

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Drucksachen

liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Süddeutsche Volksbühne

Direktion: F. W. Württemberg.

Hotel Germania, Geisenheim.

Sonntag den 3. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr:

Muttersegen und Vaterfluch

Volksstück mit Gesang in 5 Akten.

Nachmittags 1/2 4 Uhr:

Das Singvögelchen

Singspiel in 3 Akten.

Alles Nähere durch die Aushängezettel.
Die Direktion.

Entlade morgen an der Bahnstation

la. gelbfleischige „Industrie“ Winterkartoffeln

per Ztr. Mk. 39. —

Karl Dillmann, Geisenheim

Behlstraße 9 — Telefon 265.

Die neu eingerichtete

Oelmühle

in Winkel, Kirchweg Nr. 5

empfiehlt sich zum

Schlagen aller Oelsaaten, Nüsse usw.

Peter Kempenich und Karl Henrich.

Konzert-Zither

mit Noten
zu verkaufen. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Mehrere Zentner

Äpfel

zu kaufen gesucht.
Näh. Marktstraße 27.

Eingetroffen:

4 Meter lange
Pflöcke,
Baumstüben,
Waschpflöcke,
Bretter u. Latten.
E. Dillmann.

Alle Sorten
Tafel- und
Wirtschafts-Obst

fortwährend zu haben bei
Franz Rückert
Winklerlandstr. 47.

Empfehle

neben
Obst und Gemüse
Holl. Süßrahmbutter,
Süßrahm-Tafel-Margarine
holländischer und Edamer Käse
Hand-Käse, Packbücklinge
Eier.
Nehme auch jedes Quantum
Tafel- u. Winter-Obst
an.
Frau B. Rothhaupt
Marktstraße.

Hotel Restaurant, Cafe Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Bürger-Gesellschaft

Geisenheim a. Rh.

Donnerstag Abend im

Hotel zur Linde:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Vereins-

Angelegenheiten und Neu-

aufnahmen.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

„Cäcilia“

Geisenheim.

Vereinslokal Andr. Ober

Mittwoch Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches

Erscheinen erwartet

Der Dirigent.

Gesangverein

Lieder-

kranz.

Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr:

Gesangstunde.

Um pünktliches und voll-

ständiges Erscheinen bittet

Der Dirigent.

Rath. Kirchenchor

Geisenheim a. Rh.

Heute Abend 8 Uhr:

Gesangstunde

Um pünktliches Erscheinen

wird ersucht.

Der Vorstand.

F. I. Geisenheimer

Fußballverein 1908

Heute Abend 8 Uhr:

Vorstands- und

Spielausschuss-Sitzung

bei Gastwirt R. Rath, Beinfstr.

Der Vorsitzende.

Tafel-Birnen

hat abzugeben.

F. B. Dillmann.

Besuchskarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei A. Jander.